

*Die ostbelgische Kammerabgeordnete Kattrin Jadin (PFF/MR) hat gegenüber dem GrenzEcho betont, dass der Rechtsstaat durch die anhaltenden Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus auf eine harte Probe gestellt wird. Sie spricht im Interview auch über die Lockerung des Abtreibungsgesetzes.*

Von Christian Schmitz

Seit Mitte März gehen in Belgien wie in vielen anderen europäischen Ländern die Uhren anders – wegen der Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus. Kattrin Jadin, die einzige Vertreterin aus dem Gebiet deutscher Sprache in der föderalen Kammer, räumt ein, wie schwer es für die selbst ist, sich an die auferlegten Einschränkungen zu halten: „Ich habe mich wie viele bislang strikt an die Regelungen gehalten, auch wenn es sehr schwer war, die sozialen Kontakte zu reduzieren. Ich liebe es, unter Menschen zu sein und auszutauschen.“ Die neuen Maßnahmen, die unlängst vom Nationalen Sicherheitsrat beschlossen wurden, schränken nun wieder die Freiheiten der Menschen ein. „Hinzu kommt, dass die Rechtssicherheit dieser Maßnahmen fragwürdig ist. Die Kontrolle durch die Kammer ist zum Beispiel nicht gewährleistet. Unsere Rechtsstaatlichkeit wird zunehmend auf eine harte Probe gestellt, die man durchaus hinterfragen muss“, meint die Föderalabgeordnete, die am 1. Juli ihren 40. Geburtstag gefeiert hatte.

Blickt sie selbst noch durch, was die Schutzmaßnahmen angeht? „Es ist schon schwierig, die korrekte Interpretation dieser zu deuten. Ich habe da tatsächlich manchmal etwas Schwierigkeiten, hier durchzublicken. Wütend macht mich die Tatsache, dass wir diese Situation denen verdanken, die sich wohl wissentlich nicht an die bisherigen Vorgaben gehalten haben. Ich versuche für meinen Teil, vorsichtig zu bleiben bei meinen Kontakten, halte die Regeln der Distanzierung und Hygienemaßnahmen strikt ein und wende auch die Maskenpflicht an, dort wo sie vorgegeben ist.“ Der Ausbruch der Coronakrise hat den Ruf nach (institutionellen) Reformen in Belgien wieder lauter werden lassen. Wie steht Kattrin Jadin zu dieser Diskussion? „Die Frage bleibt wohl eher, welche Reformen unser Land braucht. Wenn sie institutioneller Natur sind, tendiere ich eher dazu, ebenfalls die Frage aufzuwerfen, ob für gewisse Befugnisse die Dezentralisierung wirklich zu mehr Effizienz geführt hat: Wenn ich sehe, wie manche Teilstaaten bei der Behandlung der Gesundheitskrise versuchen, sich aus ihrer Verantwortung zu schleichen, bestärkt mich das in meiner Analyse nach der Reföderalisierung einiger Befugnisse. Andererseits hat es auch Hebel gegeben, die die Teilstaaten aktivieren konnten, die beispielsweise die Stärkung der lokalen Wirtschaft betreffen, die ich sehr begrüße“, erläutert die Eupenerin. Die in allen Teilstaaten eingesetzten Sonderausschüsse sollten die Effizienz der für jede Ebene ausgeführten Befugnisse prüfen, findet sie.

Fernab von Corona wurde in den vergangenen Wochen besonders emotional über die Lockerung des Abtreibungsgesetzes diskutiert. Hier haben sich zwei Fronten aufgetan, und das Ganze belastet sogar die Regierungsbildung: Auf der einen Seite gibt es eine Mehrheit in der Kammer für eine (weitere) Lockerung des Abtreibungsgesetzes, die hauptsächlich aus Sozialisten, Liberalen und Grünen besteht. Auf der anderen sind vor allem die flämischen Nationalisten (N-VA) und die Christdemokraten (CD&V) im Norden des Landes strikt dagegen.

Kattrin Jadin befürwortet die Reform, hat aber ebenfalls Verständnis für die vielen Bedenken: „Es ist gesund, innerhalb einer Demokratie zu debattieren. Deshalb müssen Meinungsunterschiede auch zugelassen sein. Letztere können auf persönliche Hintergründe basieren, auf religiösen oder philosophischen Überzeugungen fußen und aufgrund von eigenen Erfahrungen. Alle Sichtweisen verdienen Respekt. Sie spiegeln sich auch beim medizinischen Personal wider, die auch Menschen mit Gefühlen, Erfahrungen und eigenen Überzeugungen sind. Ich bin mir dessen bewusst und respektiere dies. Ich möchte aber auch bemerken, dass das belgische Gesetz garantiert, dass niemand entgegen seiner Überzeugung eine Abtreibung durchführen oder praktizieren muss“, erklärt Kattrin Jadin.

Selbst wenn in Belgien über 97 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der sechsten bis achten Woche stattfinden, gebe es jährlich mehr als 500 Frauen, die nach der zwölften Woche abtreiben und die dafür entweder ins Ausland müssten, was sehr kostspielig sei, oder schlimmer noch, die diese unter sehr fragwürdigen Bedingungen in der Illegalität durchführten: „Eine Realität, die ich so nicht kannte. Ich möchte den Frauen helfen, die die derzeitige Frist überschreiten, nicht etwa aus Leichtsinn, sondern weil die Verhütung nicht zu hundert Prozent zuverlässig ist und bei Abwesenheit der Menstruation sich nicht sofort die Frage nach einer Schwangerschaft stellt. Weil die Schwangerschaft auch zur Förderung der häuslichen Gewalt beitragen kann, oder sie sogar noch verschlimmert. Und weil viele Frauen in einem solchen Kontext nicht sofort realisieren, ob sie sich eine Geburt unter solchen familiären Umständen wünschen. Weil es als Jugendliche schwierig ist, seinem Umfeld eine Schwangerschaft zu offenbaren. Weil es leider weiterhin schwierig bleibt, von Vergewaltigungen und dadurch entstandene Schwangerschaften zu sprechen. Weil schlussendlich die Schwangerschaftsverdrängungen auch eine Realität sind, die man als solche erkennen muss. Das sind nur einige Beispiele von Situationen, die zu einer Überschreitung der aktuell legalen Frist führen können“, erläutert die PFF-Politikerin.

Nur schwer vorstellbar, dass es diese beschriebenen

Zustände wirklich gibt.

Sie selbst sei in einem behüteten Elternhaus aufgewachsen und habe sich zu Beginn der Debatte nur schwer vorstellen können, dass es diese beschriebenen Zustände gebe, denen Frauen, Jugendliche auch im Jahr 2020 noch ausgeliefert sind. „Es bedarf auch besserer Aufklärung und vor allem besserer Präventionsmaßnahmen. Ich denke, dass es in unserer Gesellschaft nicht sein darf, dass Frauen nur aufgrund ihrer finanziellen Situation eine ungewollte Schwangerschaft beenden können, dass sie nicht entscheiden können, welchen zukünftigen Lebensweg sie einschlagen möchten oder dass sie aufgrund ihrer finanziellen Situation nur den Ausweg einer illegalen Abtreibung haben.“ Keine Frau treffe aus Leichtigkeit die Entscheidung abzutreiben. „Es ist immer eine sehr schwere Entscheidung. Ich ermutige in keinsten Weise die Frauen dazu abzutreiben. Und das Gesetz – Artikel 350 des Strafgesetzbuches –

ist weiterhin da, um diejenigen zu schützen, die gezwungen werden, eine Abtreibung ohne ihren freien Willen durchzuführen, und diejenigen zu bestrafen, die sie dazu zwingen.“

Ihr sei es wichtig, so betont Katrin Jadin, die Freiheit und Gleichheit der Rechte für alle einzufordern und die Entscheidungsfreiheit zu garantieren, Garant des Rechts auf Selbstbestimmung aller zu sein. „Die Gewährleistung der Rechte der Frauen gehören für mich dazu. Und der Schritt zur Abtreibung ist eine sehr persönliche Entscheidung. Wer ist der Gesetzgeber, um sich im 21. Jahrhundert noch zu erlauben, eine Frau zu verurteilen, die über ihre Zukunft entscheidet und eine ungewollte Schwangerschaft ablehnt?“, fragt sie. Das entsprechende Gesetz wird voraussichtlich im September wieder zur Abstimmung in der Kammer kommen, „aber mal sehen, wie sich die aktuelle politische Situation entwickeln wird. PS und NVA haben sehr unterschiedliche Ansichten zu diesem Thema und sie führen ja gerade Verhandlungen“, so die Kammerabgeordnete.

Belgien brauche unbedingt eine Regierung: „Dass die beiden Wahlsieger PS und N-VA dafür prädestiniert waren, hier Verantwortung zu übernehmen, lag für mich schon immer auf der Hand. Ich hoffe, dass sie Lösungen finden werden, die einen wirtschaftlichen Aufschwung möglich machen und nicht eine weitere Staatsreform anstreben, die für mich gegenwärtig nicht die politische Priorität ist.“ Am kommenden Samstag sollen die beiden Parteipräsidenten Bart De Wever (N-VA) und Paul Magnette (PS) dem König Bericht erstatten.

Von Christian Schmitz

Copyright © 2020 Grenz Echo. Alle rechten voorbehouden